

Albanien: Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit

Das Erbe der kommunistischen Vergangenheit wiegt auch 27 Jahre nach dem Ende der Diktatur schwer auf Politik und Gesellschaft Albaniens. Eine umfassende Aufarbeitung ist weder in der Politik, der Justiz, noch in der Schule oder im öffentlichen Diskurs erfolgt. Über 40 Jahre dunkler Zeitgeschichte drohen in Albanien unaufgeklärt und nicht aufgearbeitet in Vergessenheit zu geraten. Dem entgegenzuwirken hat sich die Konrad-Adenauer-Stiftung in Tirana zum Ziel gesetzt, denn Albanien braucht die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, um für die Menschen eine bessere Zukunft gestalten zu können.

Das Nordkorea Europas

Im Jahr 1944 übernahm Enver Hoxha die Regierung in Albanien und errichtete eine über 40 Jahre dauernde, totalitäre Diktatur. Hoxha, der sich selbst als Verfechter einer reinen stalinistischen Lehre verstand, trieb das Land zunehmend in eine Selbstisolation, wie sie wohl nur mit Nordkorea verglichen werden kann. Gegen die äußeren Feinde behalf er sich mit über 170.000 Bunker, die er im ganzen Land erbauen ließ und die auch heute noch als stille Mahnmale an diese Zeit erinnern. Weit folgenreicher war allerdings das entschiedene Vorgehen gegen vermeintliche innere Feinde. Dies führte zu umfassender Überwachung und gnadenloser Repression. Der Geheimdienst *Sigurimi* und seine Kollaborateure sorgten dafür, dass eine enorme Anzahl von Akten angehäuft und kein den kommunistischen Parteiinteressen zuwider laufendes Verhalten unentdeckt bleiben konnte. Landesverrat, Landesflucht, Sabotageversuch sowie systemfeindliche Agitation und Propaganda zählten zu

den zahlreichen Untersuchungsfeldern der *Sigurimi*, die über mehr als 10.000 Mitarbeiter und zahllose Spitzel verfügte. Sie reagierten mit Drohung, Erpressung, Erniedrigung, perfiden Foltermethoden und auch Mord.

Gemäß dem „Institute for the Studies of Communist Crimes and Consequences in Albania“ wurden während der Diktatur 6.027 Menschen hingerichtet, 34.135 wurden aus politischen Gründen inhaftiert und weitere 59.009 wurden deportiert und verfolgt. 7.022 Menschen verloren ihr Leben in den bitterharten Arbeits- und Gefangenenlagern Albaniens. 984 starben im Gefängnis. Viele Hinterbliebene wissen bis heute nicht, wo sich die sterblichen Überreste ihrer Familienmitglieder befinden.

Nach dem Tod von Enver Hoxha im Jahr 1985 trieb sein Nachfolger, Ramiz Alia, das repressive System weiter voran. Erst 1990 kam es zur Öffnung und 1991 zu pluralistischen Wahlen.

Folgen für die politische Kultur

Aus der kommunistischen Partei ist die Sozialistische Partei (SP) hervorgegangen und aus dem anti-kommunistischen Lager formte sich die Demokratische Partei (DP). Die Last des kommunistischen Erbes wiegt allerdings schwer auf Politik und der Gesellschaft. Sehr lange hat Albanien den Blick in den inneren Abgrund gescheut und auch heute, über 25 Jahre nach dem Ende der Diktatur, bekundet das Land Mühe mit der Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels.

Der schnelle Übergang von einer totalitären Diktatur, in der abweichende Meinungen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ALBANIEN

WALTER GLOS

Dezember 2017

www.kas.de

www.kas.de/albanien

nicht toleriert und brutal unterdrückt wurden, in eine Demokratie prägt das politische System Albaniens bis heute. Die Kultur des parteiübergreifenden Dialogs ist nahezu inexistent und Kompromisse zwischen der Regierung und der Opposition werden meist nur *in extremis* und auf internationalen Druck hin geschlossen. Hinzu kommt ein grundlegendes Missverständnis von Macht und Regierungsführung, denn regierende Parteien in Albanien konzentrieren sich hauptsächlich auf die eigene Machtkonsolidierung. Diese Kultur hemmt seit Beginn die inhaltliche und politische Aufarbeitung in Albanien.

Gescheiterte Übergangsjustiz

Bei der strafrechtlichen Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur kämpfte Albanien nach der Wende mit mehreren Problemen. Einerseits verhinderte das Rückwirkungsverbot in vielen Fällen eine Bestrafung, weil die Kommunisten im Rahmen ihrer eigenen Gesetze gehandelt haben. Andererseits waren so kurz nach der Wende die Kommunisten in der Politik und der Justiz immer noch zahlreich vertreten, weshalb kein ernsthaftes Interesse an umfassenden Strafuntersuchungen vorhanden war. Auf Vorschlag der DP einigte man sich aus praktischen Gründen auf einen Kompromiss. So wurden Ramiz Alia, Nexhmije Hoxha und einige Politbüro-Mitglieder 1993/94 nur wegen wirtschaftlichen Verbrechen (Missbrauch und Veruntreuung von Staatsgeldern, Korruption etc.) zu Haftstrafen verurteilt. Erst später, 1996, wurden 24 ehemalige kommunistische Funktionäre, darunter auch wieder Ramiz Alia, auf der Grundlage des durch die DP neu geschaffenen Genozid Gesetzes (Nr. 8001) wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit (erneut) verhaftet und vor Gericht gestellt. Während Alia 1997 die Flucht gelang, wurden andere zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Zentral für die Aufarbeitung der Vergangenheit sind für Staaten in einem Transformationsprozess auch die sogenannten Lustrationsgesetze. Die DP verabschiedete solche Gesetze während ihrer Regierungszeit am 30. November 1995 und am 22. Dezember 2008, beide Male just ein Jahr vor den

nächsten Parlamentswahlen. 1995 waren es das Genozid Gesetz (Nr. 8001) und das Verifikationsgesetz (Nr. 8043), wobei für die Lustration namentlich letzteres von Bedeutung war. Dessen grundsätzlich guter Gedanke fiel allerdings einer miserablen legislativen Umsetzung zum Opfer. Beginnend bei einer zweifelhaften politischen Unabhängigkeit des Überprüfungs Komitees und endend bei einer selektiven, Parteilinien folgenden Umsetzung des Überprüfungsverfahrens, erschien das Gesetz mehr als politisches Instrument gegen die Opposition und für den eigenen Machterhalt vor den bevorstehenden Wahlen, denn als aufrichtiger Lustrationsversuch. Das Lustrationsgesetz von 2008 war ebenfalls äußerst umstritten und wurde durch internationale Partner (einschließlich durch die OSZE und den Europarat) aufgrund rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Bedenken heftig kritisiert. Das albanische Verfassungsgericht hat den Gesetzesentwurf später als verfassungswidrig zurückgewiesen.

Seither sind keine neuen Gesetzesentwürfe auf dem Gebiet der Lustration in Angriff genommen worden. Dies ist bedauerndswert, wenn man das Ergebnis einer OSZE-Studie bedenkt, wonach 73% der albanischen Bevölkerung der Überzeugung sind, dass eine namhafte Anzahl der aktuellen Politiker während der kommunistischen Zeit wichtige Funktionen innehatten und deshalb von ihren öffentlichen Ämtern ausgeschlossen werden sollten. Als Beispiel kann an dieser Stelle der amtierende Parlamentspräsident genannt werden, welcher der letzte Innenminister des kommunistischen Regimes war. Die versäumte Lustration erklärt denn auch teilweise das geringe Vertrauen der albanischen Bevölkerung in die eigene Regierung und den oftmals fehlenden politischen Willen für die Aufarbeitung der Vergangenheit.

Die starke Repression während des Kommunismus führte dazu, dass es in Albanien weder eine organisierte Opposition noch unabhängige Intellektuelle gab, welche den Prozess der Übergangsjustiz glaubwürdig und überzeugend hätten einleiten können. Die Lustration scheiterte letztendlich immer wieder an politischen Machtkämpfen und

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ALBANIEN

WALTER GLOS

Dezember 2017

www.kas.de

www.kas.de/albanien

dem eigennützigen Interesse an Machterhalt. Es ist bedauernd, dass die albanischen Politiker die rechtliche Aufarbeitung nicht als bedeutungsvolle Chance für einen Neuanfang erkannt haben und der Bevölkerung nicht das Recht auf eine politische Zukunft ohne jene Funktionäre zugesteht, die während der totalitären Zeit Elend über das Land gebracht haben.

Öffnung der Archive – besser spät als nie

Der Zugang zu den Archiven der Geheimpolizei *Sigurimi* ist eine wichtige Voraussetzung, um den Opfern ihr Recht auf Wahrheit und Gerechtigkeit zu ermöglichen. Nach jahrelangen Diskussionen beschloss das Parlament im April 2015 ein Gesetz zur Öffnung der Archive der ehemaligen Geheimpolizei *Sigurimi*. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat durch Beratungsleistungen einen nicht unerheblichen Beitrag zur Entstehung dieses Gesetzes geleistet. Ehemalige Betroffene der *Sigurimi*-Überwachung, Angehörige von Vermissten oder auch Kollaborateure sollen Einsicht in ihre Akte erhalten können. Dies ist essentiell für die Aufarbeitung der persönlichen Vergangenheit, weshalb das Gesetz in der Bevölkerung mehrheitlich befürwortet wurde.

Zusätzlich gibt das Gesetz der für die Öffnung zuständigen Behörde die Möglichkeit, Parteifunktionäre und Personen in öffentlichen Ämtern in Bezug auf eine frühere Kollaboration mit der *Sigurimi* zu überprüfen. Einen eigentlichen Lustrations-Passus und somit einen Zwang zur Amtsenthebung enthält das Gesetz aber nicht.

Im Dezember 2016 hat die zuständige Behörde die Arbeit aufgenommen. Es bleibt abzuwarten, ob sie die nötige Transparenz für die Betroffenen und die Gesellschaft schaffen wird. Das Thema spielt auf der politischen Agenda der wiedergewählten Regierung höchstens eine marginale Rolle.

Wiedergutmachung für die Opfer?

Die albanische Bevölkerung hatte schwer unter dem repressiven System zu leiden. Auf gesetzlicher Ebene bestehen für Opfer und Geschädigte des Kommunismus gute

Ansätze für Wiedergutmachungen aber wie so oft in Albanien mangelt es an der Umsetzung.

Für lange Zeit hatte Albanien eine der höchsten Zahlen an inhaftierten politischen Gefangenen in Europa. Gegen Ende des Jahres 1990 begann die Regierung mit der schrittweisen Freilassung dieser Häftlinge und am 30. September 1991 wurde in Albanien das Gesetz Nr. 7514 über die Unschuld, Amnestie und Rehabilitation ehemaliger Verurteilter und Verfolgter angenommen. Zudem wurde eine Kommission eingesetzt, welche u.a. die berufliche und soziale Wiedereingliederung der ehemaligen politischen Häftlinge zur Aufgabe hatte. Mit dem Gesetz Nr. 7748 wurde am 29. Juli 1993 erstmals 43.000 politisch Verfolgten das Recht auf eine finanzielle Entschädigung zugestanden, welche allerdings sehr gering und teilweise gar bedeutungslos war. Im Jahr 2007 wurde ein weiteres Gesetz angenommen, welches ehemaligen politischen Häftlingen 14,30 Euro für jeden Tag zusichert, den sie im Gefängnis oder in Arbeitslagern verbracht haben. Die Zahlung wurde in acht Raten aufgeteilt und hätte zwischen 2008 und 2016 ausbezahlt werden sollen. Dieses Ziel ist im Jahr 2017 noch nicht einmal annähernd erreicht worden.

Schätzungen rechnen zudem nach wie vor mit ca. 6.000 vermissten Personen, die während der kommunistischen Diktatur verschwunden sind. Manche davon seien während der (Untersuchungs-) Haft verstorben, andere hätten ihr Leben in den Arbeits- oder Konzentrationslagern verloren, seien hingerichtet worden oder seien beim Versuch das Land zu verlassen umgekommen. Im März 2010 hat die Regierung den Einsatz einer Task Force zur Suche, Auffindung und Identifizierung hingerichteter Personen während des Kommunismus eingerichtet. Leider sind bis heute keine handfesten Ergebnisse erzielt worden. Die albanische Regierung lässt nachhaltige Anstrengungen vermissen, um das Verschwinden dieser Personen aufzuklären oder den Aufenthaltsort der sterblichen Überreste zu ermitteln. Die Suche nach Vermissten und die Ausgrabung mutmaßlicher Gräber muss meist durch die Familien selbst mit ihren eigenen finanziellen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ALBANIEN

WALTER GLOS

Dezember 2017

www.kas.de

www.kas.de/albanien

Ressourcen unternommen werden, ohne jegliche staatliche Unterstützung.

Geschädigte des Kommunismus sind zudem auch all jene, deren Grundstücke enteignet und kollektiviert worden sind. Die albanische Verfassung anerkennt in ihrem Art. 181 den Entschädigungsanspruch für Enteignungen und Konfiszierungen. Zudem ist ein Gesetz in Kraft, welches die Rückerstattung und Kompensation für enteignete Grundstücke regelt. 2016 warteten allerdings immer noch 26.000 Familien, deren Recht auf Kompensation gerichtlich anerkannt worden ist, auf eine finanzielle Entschädigung für enteignete Besitztümer unter dem kommunistischen Regime. Weitere 11.000 Familien warteten (ebenfalls Stand 2016) noch auf einen Gerichtsentscheid über ihre Entschädigungsansprüche.

Drohendes Vergessen

Mangels einer breiten Aufklärung der Gesellschaft im Rahmen der Schulbildung oder des öffentlichen Diskurses, droht in Albanien ein wichtiges Stück Landesgeschichte in Vergessenheit zu geraten. Aufarbeitung ist nicht nur eine rechtliche Aufgabe, sondern auch eine gesellschaftliche, ohne welche Versöhnung und Fortschritt nicht möglich sind.

Die museale Aufarbeitung der kommunistischen Ära ist äußerst bescheiden, wobei zumindest in jüngster Zeit in Tirana mit den beiden „BunkArt“ Museen und dem „House of Leaves“ einige Fortschritte erzielt wurden. Auch staatlich finanzierte Gedenkstätten oder Denkmäler, welche an die Repression und die zahlreichen Opfer erinnern sollten, gibt es kaum. Darüber, wie man mit den zahlreichen, baulichen Überbleibsel der kommunistischen Zeit umgehen soll, herrscht erst recht allgemeine Ratlosigkeit. Das ehemalige Wohnhaus Enver Hoxhas sowie seine Gedenkstätte in Form einer markanten Pyramide werden mitten im Zentrum Tiranas dem Zerfall hingegeben und stehen metaphorisch für den fehlenden politischen Willen sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen und ohne Altlasten eine neue Zukunft zu gestalten.

Doch nicht nur solche Gebäude scheinen für die Politiker in Albanien ein heißes Eisen zu sein, an das sich unter den Politikern niemand wirklich heranwagen will. Bis heute hat keine Regierung in Albanien die Verbrechen der kommunistischen Diktatur öffentlich und dezidiert verurteilt. Dies ist mitunter auch der Tatsache geschuldet, dass die Übergangsjustiz gescheitert ist und die frühere kommunistische Elite heute noch in der Politik vertreten ist. Wie unter solchen Vorzeichen eine ehrliche und umfassende Aufklärung über die Diktatur und deren Gräueltaten geschehen soll, ist äußerst fraglich.

Die Schulbildung der jungen Leute über die kommunistische Zeit in Albanien ist denn auch eindeutig mangelhaft. Eine im September 2015 durchgeführte Studie der OSZE kam zum Schluss, dass 70% der 16- bis 35-jährigen Befragten sich selbst als „überwiegend uninformiert“ bezeichnen würden. Auf die Frage, aus welchen Quellen die Menschen ihre Informationen über die kommunistische Vergangenheit beziehen, wurde die Schule bloß in 12% der Fälle genannt. 27% der überwiegend Uninformierten gaben zudem an, dass sie auch nicht daran interessiert seien, mehr über die Vergangenheit zu erfahren.

Die Initiative der Zivilgesellschaft ist in diesem Bereich deshalb besonders wichtig. Es gibt einige Institute (z.B. Institute for Democracy, Media and Culture (IDMC), Institute for Studies of Communist Crimes and its Consequences), welche sich die Erinnerung an und Aufklärung über die Vergangenheit zur Aufgabe gemacht haben und entsprechende Bücher, Studien oder auch Lehrmaterialien für Schulen veröffentlichen. Mangelnde finanzielle und personelle Mittel schränken allerdings die Reichweite solcher wichtiger Maßnahmen ein. Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Tirana engagiert sich deshalb mit seinem Partnerinstitut IDMC stark im Bereich der Aufarbeitung der Vergangenheit und organisiert bspw. die alljährlich stattfindenden Memory Days. Durch Konferenzen, öffentliche Debatten, Buchpräsentationen, Filmvorführungen und Symposien werden nationale und internationale Akteure im Bereich Aufarbeitung zu-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ALBANIEN

WALTER GLOS

Dezember 2017

www.kas.de

www.kas.de/albanien

sammengebracht und ein breites Publikum erreicht.

Wer ehemals politisch Verfolgten in Albanien begegnet, realisiert schnell, wie wichtig für diese Menschen das Erzählen und die gesellschaftliche Anerkennung des ihnen widerfahrenen Unrechts ist. Das Vergessen und Ignorieren dieser Leiden wäre für die Opfer der kommunistischen Diktatur wohl die schlimmste Strafe. Durch die Aufklärung und das Erinnern kann diesem Prozess entgegengewirkt und den Opfern ein Teil jener Würde und Gerechtigkeit zugestanden werden, die ihnen lange Zeit verwehrt worden ist.

Fazit

Albanien ist nach wie vor durch seine kommunistische Geschichte belastet. Über vier Jahrzehnte totalitäre Diktatur zeitigen ihre Auswirkungen auf die derzeitige politische Kultur, in der Dialog und Kompromiss gegenüber dem Streben nach Machtkonsolidierung der regierenden Partei zurücktreten muss. So scheiterten u.a. dringend benötigte Lustrationsgesetze an eigennützigem Interesse und einem mangelnden politischen Willen zu einem tatsächlichen Bruch mit den ehemaligen Eliten. Dies verhindert bis heute eine ehrliche, inhaltliche und politische Diskussion und Aufarbeitung der Vergangenheit. Zwar wurden nach über zwei Jahrzehnten endlich die Archive der Geheimpolizei geöffnet, doch in anderer Hinsicht warten Opfer und Geschädigte des Kommunismus nach wie vor auf Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. Aber nicht nur die rechtliche sondern auch die gesellschaftliche Aufarbeitung droht in Albanien durch fehlende Bildung und mangelnden öffentlichen Diskurs zu scheitern. Die Konfrontation mit der Vergangenheit muss in Albanien endlich als Chance und nicht mehr als Gefahr wahrgenommen werden, um der Bevölkerung eine bessere Zukunft ermöglichen zu können.